

Sehr geehrte Damen und Herren vom Berliner Frauennetzwerk,

liebe Aktive im bfn,

vielen Dank für die Zusendung der Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026 und für Ihren unermüdlichen Einsatz für die feministische Infrastruktur in Berlin.

Als Linke schätzen wir die Arbeit der feministischen Antigewalt- und soziokulturellen FLINTA*-Organisationen außerordentlich. Nachfolgend übersende ich Ihnen im Namen des Landesverbandes Die Linke Berlin unsere Antworten auf Ihre Fragen:

Welche konkreten haushaltspolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine verbindliche, mehrjährige institutionelle Förderung im Bereich feministischer Infrastruktur sicherzustellen?

Die Linke steht für eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung feministischer Infrastruktur. Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Interventionsstellen, feministische Zentren und queere Beratungsangebote sind keine freiwilligen Projekte, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge Berlins.

Um diese Strukturen langfristig abzusichern, setzen wir uns für einen verbindlichen Pakt mit den sozialen Trägern und Wohlfahrtsverbänden ein. Ziel ist eine Finanzierung, die nicht jährlich neue Unsicherheiten erzeugt, sondern Trägern Planungssicherheit gibt und den Erhalt gewachsener Strukturen gewährleistet. Bestandteil dieses Paktes soll eine dynamische Mindestfinanzierung sein, die steigende Personal- und Sachkosten berücksichtigt und verhindert, dass Angebote durch Kostensteigerungen faktisch gekürzt werden.

Darüber hinaus wollen wir das Berliner Zuwendungsrecht reformieren und mehrjährige Förderungen ermöglichen, insbesondere für bewährte und dauerhaft benötigte Angebote. Wiederkehrende Aufgaben dürfen nicht dauerhaft über kurzfristige Projektförderungen abgesichert werden.

Die Trägervielfalt ist für feministische Infrastruktur zentral. Deshalb müssen Förderinstrumente so ausgestaltet sein, dass nicht nur große Träger, sondern auch kleinere autonome Projekte und spezialisierte Beratungsstellen abgesichert werden. Dazu gehören vereinfachte Verfahren, weniger Bürokratie und Förderbedingungen, die fachliche Qualität und tatsächliche Bedarfe in den Mittelpunkt stellen.

Konkrete finanzielle Aufwüchse und Umschichtungen müssen im Rahmen der Haushaltsaufstellung anhand der Bedarfe der Fachpraxis entwickelt werden. Klar ist jedoch: Kürzungen bei feministischer Infrastruktur sind für uns der falsche Weg. Berlin braucht eine verlässliche Finanzierung, die Schutz, Beratung und Empowerment dauerhaft sicherstellt.

Wie will Ihre Partei feministische Infrastruktur dauerhaft absichern und verhindern, dass Personalabbau, Angebotskürzungen oder Projektauflösungen durch unsichere Finanzierung entstehen?

Die vergangenen Jahre unter Schwarz-Rot waren für soziale Träger und insbesondere für feministische Projekte von großer Unsicherheit geprägt. Frauenhäuser, Beratungsstellen und feministische Projekte mussten wiederholt um ihre Finanzierung bangen. Diese Unsicherheit gefährdet nicht nur Angebote, sondern auch die Fachkräfte, die diese Arbeit tragen. Wenn qualifizierte Mitarbeiter*innen aufgrund unsicherer Perspektiven abwandern, gehen wichtige Expertise und gewachsene Vertrauensstrukturen verloren.

Die Linke setzt dieser Politik ein anderes Verständnis entgegen: Feministische Infrastruktur muss als dauerhafte öffentliche Aufgabe verstanden werden. Schutz vor Gewalt, Prävention, Beratung und Empowerment sind zentrale Bestandteile einer solidarischen Stadtpolitik und dürfen nicht von kurzfristigen Haushaltsentscheidungen abhängig gemacht werden.

Ein wichtiger Baustein ist deshalb die Sicherung guter Arbeitsbedingungen. Tarifierhöhungen müssen bei den Beschäftigten in feministischen Projekten ankommen. Wir wollen wieder eine zentrale Tarifmittelvorsorge einführen und sicherstellen, dass freie Träger, die tarifgerecht bezahlen, entsprechend refinanziert werden. Gute feministische Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, Beschäftigte, die Schutz und Beratung organisieren, verdienen sichere Arbeitsplätze und existenzsichernde Einkommen.

Darüber hinaus wollen wir die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Träger verbessern. Dazu gehören die bessere Nutzung öffentlicher Räume, Unterstützung bei der Raumsuche und die Vergabe landeseigener Immobilien im Erbbaurecht an gemeinnützige Träger. Gerade feministische Zentren und Beratungsstellen scheitern heute häufig nicht am Bedarf, sondern an fehlender räumlicher und finanzieller Sicherheit.

Unser Ziel ist eine feministische Infrastruktur, die dauerhaft handlungsfähig bleibt: mit verlässlichen Strukturen, guten Arbeitsbedingungen und einer Förderpolitik, die die Vielfalt der Berliner Projekte schützt.

Welche konkreten Ausbauziele verfolgt Ihre Partei für Feministische Zentren?

Die Linke Berlin betrachtet feministische Zentren und Frauenzentren als eine unverzichtbare Säule der Berliner Unterstützungs- und Präventionslandschaft. Sie sind wichtige Orte des Empowerments, der Selbstermächtigung und der Solidarität. Gleichzeitig sind sie für viele Frauen und FLINTA* die ersten niedrigschwelligen Anlaufstellen, an denen sie Unterstützung, Beratung und Orientierung erhalten, häufig bevor überhaupt ein Kontakt zu spezialisierten Gewaltschutzangeboten entsteht. Gerade für Menschen, die aufgrund von Sprachbarrieren, unsicherem

Aufenthaltsstatus, finanziellen Abhängigkeiten oder schlechten Erfahrungen mit Behörden schwer Zugang zu Hilfesystemen finden, haben diese Orte eine zentrale Bedeutung.

Die ZEP-Ausgangsanalyse und Entwicklungsplanung zum Gewalthilfegesetz in Berlin macht deutlich, dass niedrigschwellige Zugänge, eine gute regionale Verankerung und die Zusammenarbeit verschiedener Angebote zentrale Bestandteile eines bedarfsgerechten Gewalthilfesystems sind. Aus unserer Sicht müssen feministische Zentren deshalb stärker als Teil dieser Unterstützungsstruktur anerkannt und mit der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes verbunden werden. Sie leisten wichtige Vorarbeit im Bereich Prävention, Früherkennung, Verweisberatung und Empowerment und tragen dazu bei, dass Betroffene überhaupt Zugang zu Schutz und Beratung finden.

Die Linke setzt sich deshalb für eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der bestehenden feministischen Zentren ein und will den Ausbau dort vorantreiben, wo die ZEP-Bedarfsanalyse und die bezirklichen Bedarfe Versorgungslücken zeigen. Unser Ziel ist eine flächendeckende Struktur in allen Berliner Bezirken, damit alle Frauen und FLINTA* unabhängig vom Wohnort einen niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützung erhalten. Neue Zentren müssen insbesondere dort geschaffen beziehungsweise gestärkt werden, wo bislang keine ausreichenden Angebote vorhanden sind.

Gleichzeitig wollen wir die Erreichbarkeit feministischer Zentren verbessern. Dazu gehören barrierefreie Zugänge und Räumlichkeiten, mehrsprachige Angebote, verlässliche Finanzierung von Sprachmittlung sowie aufsuchende und quartiersbezogene Arbeit. Feministische Zentren müssen Orte sein, die alle Menschen unabhängig von Herkunft, Behinderung, Aufenthaltsstatus, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität erreichen können. Für Die Linke ist klar: Eine starke Gewalthilfelandchaft braucht nicht nur Schutzplätze und Fachberatungsstellen, sondern auch die offenen, niedrigschwelligen Orte des Empowerments, die Frauen und FLINTA* frühzeitig erreichen und stärken.

Welche konkreten Programme, Plätze und Budgets plant Ihre Partei für den Ausbau arbeitsmarktpolitischer Projekte für FLINTA*?

Der Gleichstellungshaushalt 2026/27 der CDU-SPD-Koalition zeigt eine deutliche Schieflage: Während die ursprünglich angekündigten Kürzungen im Anti-Gewalt-Bereich (Kapitel 1180, Titel 68406) zurückgenommen wurden, bleiben Projekte der beruflichen Qualifizierung von Frauen (Titel 68418) sowie das Landesprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende von Kürzungen betroffen.

Wir haben bereits in den Haushaltsberatungen kritisiert, dass Gleichstellungspolitik zunehmend auf den Bereich Gewaltschutz verengt wird. Selbstverständlich unterstützen wir jede Maßnahme, die Frauen besser vor Gewalt und Femiziden schützt. Gleichzeitig darf der notwendige Ausbau des Gewaltschutzes nicht zulasten anderer

zentraler Säulen feministischer Politik gehen. Schutz vor Gewalt, Prävention und ökonomische Unabhängigkeit gehören untrennbar zusammen.

Gerade die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen ist eine entscheidende Voraussetzung, um Gewaltbeziehungen verlassen und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Deshalb müssen Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprojekte gestärkt und nicht geschwächt werden. Der Zugang zu Ausbildung, Weiterbildung und existenzsichernder Beschäftigung schafft Unabhängigkeit und eröffnet Perspektiven.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Frauen unabhängig von Einkommen und Lebenssituation ökonomisch selbstbestimmt leben können. Dazu gehören gute Qualifizierungsangebote, bezahlbarer Wohnraum, eine verlässliche Kinderbetreuung und eine gerechte Sozial- und Steuerpolitik, etwa die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie eine bessere Absicherung von Sorgearbeit.

Für die Zukunft wollen wir den Austausch mit Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprojekten deutlich intensivieren und regelmäßige Fachgespräche etablieren. Die Expertise der Träger ist entscheidend, um Bedarfe besser zu erfassen und Förderstrukturen weiterzuentwickeln. Sollte es zu Koalitionsverhandlungen kommen, werden wir diese Themen in die Facharbeitsgruppe Frauen und Gleichstellung einbringen.

Welche konkreten Maßnahmen im Gewaltschutz wird Ihre Partei umsetzen und finanzieren?

Die vom Land Berlin beauftragte ZEP-Bedarfsanalyse zeigt deutlich, dass das Berliner Gewalthilfesystem erheblich ausgebaut werden muss, um den ab 2032 geltenden Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung tatsächlich umzusetzen. Für Die Linke ist klar: Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse müssen die Grundlage der Berliner Gewalthilfeplanung und der Haushaltsentscheidungen sein. Wir setzen uns deshalb für die vollständige Finanzierung der in der Entwicklungsplanung festgestellten Bedarfe ein und lehnen Kürzungen im Gewaltschutz entschieden ab.

Die konkrete Zahl zusätzlicher Schutzplätze ergibt sich aus der ZEP-Entwicklungsplanung und muss vollständig umgesetzt werden. Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass die dort identifizierten zusätzlichen Frauenhausplätze, Schutzwohnungen und spezialisierten Schutzangebote bis spätestens zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs im Jahr 2032 geschaffen werden. Gleichzeitig wollen wir spezialisierte Angebote für Betroffene sexualisierter Gewalt, für Frauen mit Behinderungen, für Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sowie für trans*, inter* und nicht-binäre Personen entsprechend den festgestellten Bedarfen ausbauen.

Gewaltschutz endet nicht mit dem Auszug aus dem Frauenhaus. Deshalb setzen wir uns für einen schnellen und verlässlichen Zugang zu eigenem Wohnraum für gewaltbetroffene FLINTA* und ihre Kinder ein. Dazu gehören ein landeseigenes

Wohnungsprogramm für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder, verbindliche Kooperationsvereinbarungen mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen, eine deutliche Ausweitung von Schutzwohnungen sowie der Ausbau von „Housing First“-Angeboten für Frauen. Gleichzeitig ist klar: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärft auch die Situation gewaltbetroffener Menschen. Gerade ausreichend verfügbarer und bezahlbarer Wohnraum ermöglicht es Menschen, sich aus konflikthafter oder gewaltgeprägter Beziehungen zu lösen und ein selbstbestimmtes Leben zu beginnen. Deshalb setzt sich Die Linke konsequent für den Neubau von Sozialwohnungen und dauerhaft bezahlbarem Wohnraum ein. Wir wollen Bestandsmieten wirksam schützen und den Berliner Wohnungsmarkt dem Gemeinwohl unterordnen, unter anderem durch die Vergesellschaftung großer, börsennotierter Wohnungskonzerne. Unser Ziel ist, dass niemand aus Angst vor Wohnungslosigkeit oder fehlendem bezahlbarem Wohnraum in einer gewaltgeprägten Beziehung bleiben muss oder länger als notwendig in einer Schutz Einrichtung verbleibt.

Die Finanzierung von Fachberatungsstellen, Krisendiensten und Präventionsangeboten muss dauerhaft, bedarfsgerecht und verlässlich erfolgen. Die ZEP-Bedarfsanalyse macht deutlich, dass hierfür zusätzliche Personal- und Sachmittel erforderlich sind. Deshalb setzen wir uns für eine langfristige Regelfinanzierung statt projektbezogener Unsicherheit ein. Gleichzeitig wollen wir Präventionsangebote sowie die Arbeit mit gewaltausübenden Personen entsprechend den Empfehlungen der Studie ausbauen und die Zusammenarbeit zwischen Gewalthilfe, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Polizei und Justiz verbindlich stärken.

Die ZEP-Bedarfsanalyse hebt hervor, dass ein bedarfsgerechtes Hilfesystem nur funktioniert, wenn bestehende Zugangsbarrieren konsequent abgebaut werden. Deshalb werden wir die Finanzierung von Sprachmittlung, barrierefreien Angeboten, Kinderbetreuung in Schutz- und Beratungseinrichtungen sowie aufsuchender und proaktiver Beratung verbindlich absichern. Diese Leistungen dürfen keine freiwilligen Zusatzangebote sein, sondern müssen als fester Bestandteil der Gewalthilfe finanziert werden. Unser Ziel ist ein Hilfesystem, das für alle Betroffenen, unabhängig von Behinderung, Sprache, Aufenthaltsstatus oder Wohnort, schnell, diskriminierungsfrei und niedrigschwellig erreichbar ist.

Wie will Ihre Partei die Lebensrealitäten von geflüchteten und migrantisierten FLINTA* konkret verbessern?

Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Leben von allen Menschen, auch Geflüchteten. Das bedeutet, dass sie gleichberechtigten Zugang zu Wohnung, zu Gesundheit, zu Bildung, zu Arbeit, zu Sozialleistungen, zu Kultur und allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhalten müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, entsprechende Hürden abzubauen. Wir verfolgen dabei einen

menschenrechtsorientierten Ansatz gegen jeden Nützlichkeitsrassismus, der Menschen nach ihrem Nutzen für die deutsche Wirtschaft einteilt.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Geflüchtete unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Ausbildung erhalten. Berlin verfügt über ein breites Beratungs- und Unterstützungsangebot, das zu erhalten ist.

Darüber hinaus brauchen wir aber weitere Regelungen, damit Geflüchtete Sicherheit für den Einstieg in den Beruf erhalten. Deshalb muss die Ausbildungsduldung weiterentwickelt werden und auf Weiterbildungsangebote, Sprachkurse, Praktika oder eine Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet werden. So sollen Geflüchtete Zeit bekommen, sich eine Ausbildung nach den persönlichen Stärken und Fähigkeiten zu suchen. Die kostenlosen Sprachkursangebote, insbesondere die berufsspezifischen, müssen ausgeweitet und qualitativ weiterentwickelt werden. Die Arbeit der Integrationslots*innen, die beim Zugang zu Ressourcen unterstützen, muss abgesichert werden.

Seit vielen Jahren setzen wir uns in Berlin dafür ein, dass besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen aufgenommen werden und hier Schutz finden. Dazu gehören insbesondere Frauen, LSBTIQ*-Personen, Kinder und traumatisierte Menschen.

Die Leistungs- und Rechtsansprüche, die daraus resultieren, müssen in der Praxis konsequent umgesetzt werden. Hierzu muss die Regelstruktur, insbesondere im gesundheitlichen Bereich, nicht nur erkennen, was diese Menschen dringend brauchen, sondern den Bedürfnissen auch gerecht werden.

Besonders Schutzbedürftige müssen ab Tag eins identifiziert werden und Unterstützung erfahren. Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Betreuung und Beratung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten ein und wollen, dass Behörden und Ämter stärker als bisher insbesondere die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Geflüchtete in ihre Prozesse einbinden und deren Schutzbescheinigung anerkennen.

In allen Unterkünften müssen Kinder- und Gewaltschutzkonzepte bestehen. Entsprechende Konzepte werden wir gemeinsam mit Geflüchtetenorganisationen und Sozialverbänden weiterentwickeln.

Welche konkreten politischen Schritte und Zeitpläne verfolgt Ihre Partei zur Sicherung von sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung?

Die Linke setzt sich seit ihrem Bestehen konsequent für die Abschaffung des § 218 StGB ein. Für uns ist klar: Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafgesetzbuch. Das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch ist Teil des Rechts auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung und muss als Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung gewährleistet werden. Deshalb unterstützen wir auf Bundesebene alle Initiativen zur vollständigen Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass der Zugang zu einer wohnortnahen, kostenfreien und diskriminierungsfreien Versorgung für alle Betroffenen sichergestellt wird. Auch auf Bezirksebene wollen wir Beratungsangebote und die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern, Beratungsstellen und medizinischen Einrichtungen weiter ausbauen.

Die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen wollen wir auch auf Landesebene praktisch stärken. Dazu gehören diskriminierungsfreie Verwaltungsverfahren, verpflichtende Fortbildungen für Beschäftigte in Verwaltung, Bildung, Polizei und Justiz sowie eine geschlechtersensible Gesundheitsversorgung. Wir wollen Beratungsstellen und Selbstorganisationen dauerhaft finanziell absichern, Bildungsangebote zu geschlechtlicher Vielfalt ausbauen und dafür sorgen, dass die Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes in Berlin unbürokratisch und respektvoll erfolgt.

Die Linke setzt sich für die Rechte, die Sicherheit und die Selbstbestimmung von Sexarbeitenden ein. Repressive Maßnahmen oder die Verdrängung straßenbasierter Sexarbeit lehnen wir ab, weil sie die Arbeitsbedingungen verschlechtern und das Risiko von Gewalt und Ausbeutung erhöhen. Stattdessen setzen wir uns für eine Überarbeitung des Berliner Prostituiertenschutzgesetzes ein, die auf der Expertise von Sexarbeitenden selbst beruht. Sexarbeitende dürfen weder kriminalisiert noch durch gesetzliche Regelungen stigmatisiert werden. Das von der Selbstvertretung der Sexarbeitenden entwickelte Sexarbeitsgesetz betrachten wir als eine geeignete Grundlage, um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Sicherheit und Gesundheit sowie eine Stärkung der Rechte von Sexarbeitenden zu erreichen. Wir lehnen die Einrichtung von Sperrbezirken ab und setzen uns für menschenwürdige und sichere Arbeitsorte ein, beispielsweise durch Verrichtungsboxen, die Schutz sowie hygienische Standards gewährleisten. Darüber hinaus wollen wir niedrigschwellige Gesundheits-, Beratungs- und Sozialangebote ausbauen sowie den Schutz vor Gewalt verbessern. Migrantische Sexarbeitende benötigen spezifische, niedrigschwellige und mehrsprachige Beratungsangebote sowie

einen verlässlichen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Schutz und Unterstützung, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Außerdem fordern wir die Einrichtung eines Drogenkonsumraums speziell für Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen, die in der Sexarbeit tätig sind. Gleichzeitig stärken wir Ausstiegsangebote für diejenigen, die ihre Tätigkeit beenden möchten. Entscheidungen über die Regulierung von Sexarbeit müssen gemeinsam mit den Interessenvertretungen von Sexarbeitenden entwickelt werden, damit ihre Erfahrungen und Bedürfnisse die Grundlage politischer Entscheidungen bilden.

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass steigende Bedarfe durch den Anstieg von häuslicher, sexualisierter und queerfeindlicher Gewalt nicht auf bestehende, bereits ausgelastete Strukturen abgewälzt werden?

Die vom Land Berlin beauftragte „Ausgangsanalyse und Vorschläge zur Entwicklungsplanung für den bedarfsgerechten Aus- und Umbau der Hilfelandschaft Gewalt gegen Frauen im Rahmen der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in Berlin“ des Zentrums für Evaluation und Politikberatung (ZEP) zeigt deutlich, dass der Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung nur durch einen erheblichen Ausbau des Berliner Gewalthilfesystems umgesetzt werden kann. Die Linke wird deshalb nicht zulassen, dass steigende Fallzahlen auf bereits überlastete Einrichtungen abgewälzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, die Empfehlungen der ZEP-Studie verbindlich umzusetzen. Dazu gehören der bedarfsgerechte Ausbau von Frauenhausplätzen, Schutzwohnungen und Fachberatungsstellen in allen Berliner Bezirken, der Ausbau proaktiver Beratung sowie niedrigschwelliger und spezialisierter Angebote für Betroffene sexualisierter Gewalt und queerfeindlicher Gewalt. Gleichzeitig wollen wir die Personalausstattung deutlich verbessern und verbindliche Fach- und Personalstandards schaffen, damit gute Arbeitsbedingungen und eine qualitativ hochwertige Beratung dauerhaft gewährleistet sind. Zentrale Voraussetzung dafür ist eine auskömmliche, langfristige öffentliche Finanzierung aller für das Gewalthilfegesetz erforderlichen Einrichtungen.

Darüber hinaus wollen wir die Empfehlungen der Studie zur besseren Vernetzung konsequent umsetzen. Das bedeutet eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Gewalthilfe, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Polizei, Justiz, Bildungsbereich sowie den Bereichen Wohnen, Pflege und Eingliederungshilfe. Außerdem brauchen wir eine berlinweite Steuerung der Hilfestruktur auf Grundlage belastbarer Daten, damit neue Angebote dort entstehen, wo Versorgungslücken bestehen, und die Entwicklung der Bedarfe kontinuierlich in die Planung einfließt.

Für Die Linke ist zudem klar, dass das Berliner Landesausführungsgesetz die Spielräume des Gewalthilfegesetzes nutzen muss. Wir wollen den Kreis der Anspruchsberechtigten über die bundesgesetzlichen Mindestvorgaben hinaus erweitern und sicherstellen, dass

insbesondere trans*, inter* und nicht-binäre Personen sowie weitere von geschlechtsspezifischer und queerfeindlicher Gewalt betroffene Menschen diskriminierungsfreien Zugang zu Schutz und Beratung erhalten. So stellen wir sicher, dass das Gewalthilfesystem nicht nur quantitativ wächst, sondern den tatsächlichen Bedarfen aller Betroffenen gerecht wird.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Wohlfeil

Philipp Wohlfeil (er/he)

Referent Landesgeschäftsführung

Die Linke Berlin

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel: +49 30 24009-289